

Nr. 1 Sitzung des Stadtrates in Monheim

Am **Dienstag, den 25.11.2025 um 19.00 Uhr** findet im großen Sitzungssaal im Rathaus Monheim die Sitzung des Stadtrates Monheim statt.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen
2. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
3. Ergebnis der örtlichen Rechnungsprüfung für das Haushaltsjahr 2024 mit Beschlussfassung zur Feststellung und Entlastung nach Art. 102 Abs. 3 GO
4. Berufung des/der Gemeindevahlleiters/in und dessen/deren Stellvertretung für die Kommunalwahl 2026
5. Fragen an den Ersten Bürgermeister aus dem Stadtrat
6. Nachträglich eingegangene Tagesordnungspunkte

anschließend nichtöffentliche Sitzung

Nr. 2 Bürgerversammlung Stadt Monheim & Stadtteile

Am **Mittwoch, den 03.12.2025** findet um 19:00 Uhr die Bürgerversammlung für die Stadt Monheim sowie die Stadtteile in der Stadthalle Monheim statt.

Tagesordnung:

1. Information bezüglich Sturzfluten-Risiko-Management durch das Ingenieurbüro Eckmeier & Geyer, Nördlingen
2. Bericht des Bürgermeisters über wesentliche Maßnahmen im gesamten Stadtgebiet
3. Fragen und Anregungen der Bürger

An alle Bürgerinnen und Bürger von Monheim und den Stadtteilen ergeht freundliche Einladung.

Anträge, Eingaben, etc., die zur Behandlung kommen sollen, sind bis spätestens drei Werktage vor der Veranstaltung schriftlich bei der Stadt Monheim einzureichen.

Monheim, 04.11.2025
STADT MONHEIM
Günther Pfefferer
Erster Bürgermeister

Nr. 3 Satzung über die öffentlichen Bestattungseinrichtungen der Stadt Monheim (Friedhofs- und Bestattungssatzung) vom 22.10.2025

Aufgrund von Art. 23 und Art. 24 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 und Absatz 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung - GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.08.1998 (GVBl. S. 796, BayRS 2020-1-I-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Juli 2009 (GVBl. S. 400) erlässt die Stadt Monheim folgende Satzung:

ERSTER TEIL

Allgemeine Vorschrift

§ 1 Gegenstand der Satzung

Zum Zweck einer geordneten und würdigen Totenbestattung insbesondere der Einwohner der Stadt Monheim betreibt die Stadt als öffentliche Einrichtungen:

1. die stadt eigenen Friedhöfe in Monheim und im Stadtteil Rehau sowie die durch Vertrag zur Verwaltung übernommenen kirchlichen Friedhöfe in den Stadtteilen Flotzheim, Itzing, Warching, Weilheim und Wittesheim (§§ 2–7), mit den einzelnen Grabstätten (§§ 8–18),
2. die städtische Aussegnungshalle und die Leichenhäuser in den Stadtteilen (§ 19 - 20)

ZWEITER TEIL

Der gemeindliche Friedhof

**Abschnitt 1
Allgemeines**

§ 2 Widmungszweck

Die Friedhöfe sind insbesondere den verstorbenen Einwohnern der Stadt Monheim als würdige Ruhestätten und zur Pflege ihres Andenkens gewidmet.

§ 3 Friedhofsverwaltung

Die Friedhöfe werden von der Stadt als Friedhofsträgerin verwaltet und beaufsichtigt (Friedhofsverwaltung).

§ 4 Bestattungsanspruch

Die Friedhöfe dienen der Bestattung aller Personen, die bei ihrem Ableben Einwohner der Stadt Monheim waren oder ein Recht auf Beisetzung in einer bestimmten Grabstätte besaßen. Die Bestattung anderer Personen bedarf einer Ausnahmegenehmigung, auf die kein Rechtsanspruch besteht.

ABSCHNITT 2

Ordnungsvorschriften

§ 5 Öffnungszeiten

- (1) Die Friedhöfe sind tagsüber bis zum Eintritt der Dunkelheit geöffnet. Bei dringendem Bedürfnis kann die Stadt in Einzelfällen Ausnahmen zulassen.
- (2) Die Stadt kann das Betreten der Friedhöfe oder einzelner Teile aus besonderem Anlass – z. B. bei Leichenausgrabungen und Umbettungen (§ 24) – vorübergehend untersagen.

§ 6 Verhalten im Friedhof

- (1) Jeder Besucher der städtischen Friedhöfe hat sich ruhig und der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten.
- (2) Kindern unter 10 Jahren ist das Betreten der Friedhöfe nur in Begleitung Erwachsener gestattet.
- (3) In den Friedhöfen ist insbesondere untersagt,
 1. Tiere mitzuführen (ausgenommen Blindenhunde);
 2. die Wege mit Fahrzeugen aller Art, insbesondere auch mit Fahrrädern, zu befahren. Ausgenommen sind Kinderwagen, Kranken- und Behindertenfahrräder sowie die von der Stadt zugelassenen Fahrzeuge;
 3. ohne Genehmigung der Stadt Druckschriften zu verteilen, sonstige Waren aller Art feilzubieten oder anzupreisen, gewerbliche oder sonstige Leistungen anzubieten;
 4. während einer Bestattung oder Trauerfeier störende Arbeiten in der Nähe zu verrichten;
 5. das Rauchen, Lärmen, Spielen und jegliche Verursachung von störenden Geräuschen.

§ 7 Gewerbliche Tätigkeiten auf dem Friedhof

- (1) Bildhauer und Steinmetze bedürfen für ihre Tätigkeit auf den städtischen Friedhöfen der vorherigen Zulassung durch die Stadt. Die Zulassung ist schriftlich zu beantragen. Die Gemeinde kann die Vorlage der erforderlichen Nachweise (Meisterprüfung, Eintragung in die Handwerksrolle oder eine gleichwertige Qualifikation) verlangen. Der Nachweis über das Vorliegen einer entsprechenden Berufshaftpflichtversicherung ist zu erbringen.
- (2) Die Zulassung wird nur Gewerbetreibenden erteilt, die in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind. Der Antragsteller erhält einen Zulassungsbescheid, der auch als Ausweis für die Berechtigung zur Vornahme der Arbeiten (Berechtigungsschein) gilt und dem Friedhofspersonal auf Verlangen vorzuzeigen ist.
- (3) Über eine beantragte Zulassung ist innerhalb einer Frist von drei Monaten zu entscheiden. Nach Ablauf dieser Frist gilt die Zulassung als erteilt. (Genehmigungsfiktion). Die Frist beginnt mit Eingang der vollständigen Unterlagen. Im Übrigen sind die Vorschriften über die Genehmigungsfiktion gemäß Art. 42 a des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG) anzuwenden.
- (4) Durch die Arbeiten darf die Würde des Friedhofs nicht beeinträchtigt werden; insbesondere

ist auf Bestattungsfeierlichkeiten Rücksicht zu nehmen. Unter Beachtung von Satz 1 ist den zur Vornahme der Arbeiten Berechtigten die Benutzung der Friedhofswege mit geeigneten Fahrzeugen abweichend von § 6 Abs. 3 Nr. 2 im erforderlichen Maße gestattet. Nach Beendigung der Arbeiten sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen.

- (5) Abraum-, Rest- und Verpackungsmaterial der am Friedhof gewerblich tätigen Steinmetze und Gärtner, wie z. B. alte Fundamente, Einfassungen, Grabmale, Erde, Folien und Styroporplatten für Blumentöpfe, sind vom Friedhof zu entfernen.
- (6) Die Zulassung zur Ausübung gewerblicher Tätigkeiten auf dem Friedhof kann von der Stadt entzogen werden, wenn die Voraussetzungen für ihre Erteilung weggefallen sind oder wenn der Gewerbetreibende mehrfach gegen die Friedhofssatzung oder gegen berechtigte Anordnungen des Friedhofspersonals verstoßen hat. Ein einmaliger schwerer Verstoß ist ausreichend.
- (7) Die Gewerbetreibenden und ihre Bediensteten haben die Friedhofssatzung und die dazu ergangenen Regelungen zu beachten. Die Gewerbetreibenden haften für alle Schäden, die sie oder ihre Bediensteten im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf den Friedhöfen schuldhaft verursachen.
- (8) Gewerbetreibende mit Niederlassung in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, die im Inland nur vorübergehend tätig sind, haben die Aufnahme ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof anzuzeigen. Abs. 1 - 3; Abs. 6 finden keine Anwendung. Das Verwaltungsverfahren kann über eine einheitliche Stelle nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) des Landes Bayern abgewickelt werden.

DRITTER TEIL

Die einzelnen Grabstätten

**Die Grabmäler
ABSCHNITT 1
Grabstätten**

§ 8 Allgemeines

- (1) Die Grabstätten bleiben Eigentum der Stadt. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden.
- (2) Die Anlage der Grabstätten richtet sich nach dem Friedhofs-(Belegungs-) Plan, der bei der Friedhofsverwaltung während der allgemeinen Dienstzeiten eingesehen werden kann. In ihm sind die einzelnen Grabstätten fortlaufend nummeriert.

§ 9 Arten der Grabstätten / zulässige Belegung

In den in § 1 Nr. 1 genannten städtischen Friedhöfen werden folgende Arten von Grabstätten bereitgestellt.

- a) Kindergräber
(nur im Friedhof der Kernstadt):
 - 1 Erdbestattung oder 1 Urnenbeisetzung
- b) Einzelgräber:
 - 2 Erdbestattungen und 2 Urnenbeisetzungen oder 1 Erdbestattung und 3 Urnenbeisetzungen oder 4 Urnenbeisetzungen
- c) Doppelgräber:
 - 4 Erdbestattungen und 4 Urnenbeisetzungen oder 3 Erdbestattungen und 5 Urnenbeisetzungen oder 2 Erdbestattungen und 6 Urnenbeisetzungen oder 1 Erdbestattung und 7 Urnenbeisetzungen oder 8 Urnenbeisetzungen
- d) Urnengräber
(nur im Friedhof der Kernstadt):
 - bis zu 3 Urnen
- e) Urnenkammern
(nur im Friedhof der Kernstadt):
 - bis zu 3 Urnen

Aufgrund der Bodenbeschaffenheit (hoher Lehmantel und hoch anstehendes Grundwasser) ist im alten Friedhofsteil in der Kernstadt Mon-

heim (Wandgräber Nr. 1-203 und Abteilungen I-VI, Grabnrn.: 1-920) sowie im Südteil des Friedhofes im Stadtteil Itzing (Grabnrn.: 1-83) eine ordnungsgemäße Verwesung nicht gewährleistet. In diesen genannten Teilbereichen der städtischen Friedhöfe ist daher eine Erdbestattung entsprechend der bisherigen Handhabung nicht mehr möglich! Neue Grabstätten können daher in diesen Teilbereichen nur noch für Urnenbeisetzungen erworben werden. Für bestehende Grabstätten ist nach wie vor eine Urnenbeisetzung möglich.

Darüber hinaus sind auch Erdbestattungen zugelassen, wenn dabei das Grabhüllensystem „Weihe“ zum Einsatz kommt. Durch dieses System, dass bereits seit rund 15 Jahren auf dem Markt ist, ist die vorgeschriebene Verwesung gesichert. Die dadurch entstehenden Mehrkosten sind in der Friedhofsgebührensatzung geregelt.

§ 10 Wahlgräber

- (1) Wahlgräber sind Grabstätten für Erdbestattungen, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht mindestens für die Dauer der Ruhezeit (§ 23), längstens für die Dauer von 25 Jahren (Nutzungszeit) begründet und deren Lage im verfügbaren Rahmen (im belegten Friedhofsteil) gemeinsam mit dem Erwerber bestimmt wird. In den noch nicht belegten Friedhofsteilen wird die Grabstelle von der Friedhofsverwaltung bestimmt (die nächstfolgende Grabstelle). Ein Anspruch auf den Erwerb oder die Verlängerung besteht nicht.
- (2) Während der Nutzungszeit darf eine Beisetzung nur erfolgen, wenn das Nutzungsrecht mindestens für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhezeit verlängert wird.
- (3) Der Nutzungsberechtigte hat das Recht, im Wahlgrab bestattet zu werden und Mitglieder seiner Familie (Ehegatte, Kinder, Eltern und unverheiratete Geschwister) darin bestatten zu lassen. Ausnahmsweise kann die Stadt auch die Beisetzung anderer Personen zulassen.
- (4) Schon bei der Verleihung des Nutzungsrechts soll der Erwerber für den Fall seines Ablebens aus dem in Absatz 3 Satz 1 genannten Personenkreis Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen und ihm das Nutzungsrecht durch eine im Zeitpunkt seines Todes wirksam werdende Verfügung übertragen. Wird bis zu seinem Tode keine derartige oder eine unwirksame Bestimmung getroffen, so geht das Nutzungsrecht auf die in Absatz 3 Satz 1 genannten Angehörigen in der dort genannten Reihenfolge über. Bei mehreren gleichrangigen Angehörigen erwirbt es der Älteste. Das Nutzungsrecht wird von der Stadt entsprechend umgeschrieben.
- (5) Der jeweilige Nutzungsberechtigte kann das Nutzungsrecht auch durch Rechtsgeschäft unter Lebenden nur auf die in Absatz 3 Satz 1 genannten Angehörigen übertragen. Die Übertragung ist der Stadt anzuzeigen, die dann das Nutzungsrecht umschreibt. Im Übrigen gelten hierfür die Bestimmungen des Absatzes 4 entsprechend.
- (6) Auf das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an (teil)belegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit verzichtet werden. Der Verzicht kann sich nur auf die gesamte Grabstätte beziehen. Er ist der Stadt schriftlich zu erklären.
- (7) Nach Beendigung des Nutzungsrechts kann über das Grab anderweitig verfügt werden. Hiervon werden der Berechtigte, die Erben oder der Pfleger des Grabes rechtzeitig benachrichtigt.

§ 11 Urnengrabstätten und Urnenstelen (Aschenbeisetzungen)

- (1) Urnengrabstätten sind Urnenstäten, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit (§ 23) bereitgestellt werden. Es können gleichzeitig mehrere Urnen beigesetzt werden. Ein Anspruch auf den Erwerb oder die Verlängerung be-

steht nicht.

- (2) Urnenstelen sind Urnenstätten (Urnenkammern), die erst im Todesfall für die Dauer der Ruhefrist (§ 23) bereitgestellt werden. Der Nutzungsberechtigte kann unter den freien Kammern auswählen.
 1. Bei den Urnenstelen sind nur die von der Stadt beschafften Nischenplatten zugelassen.
 2. Die Art der Beschriftung kann durch den Nutzungsberechtigten frei gewählt werden.
 3. Die Verschlussplatten der Stelen werden Eigentum der Nutzungsberechtigten; sofern es nach Ablauf der Ruhezeit zu keiner Verlängerung des Nutzungsrechtes kommen sollte, steht der Stadt das Recht zu, die Verschlussplatte zu entsorgen, wenn diese nicht innerhalb eines Monats nach schriftlicher Mitteilung vom Nutzungsberechtigten abgeholt wird. Die Verschlussplatten werden von der Stadt zur Beschriftung ausgehändigt.
 4. An den Urnenstelen und den Verschlussplatten ist es untersagt, Blumenschmuck, Kerzen, Lichter udgl. anzubringen.
 5. In den Urnennischen können je nach Größe der Urne, bis zu 3 Urnen beigesetzt werden.
 6. Während der Nutzungszeit darf eine Beisetzung nur stattfinden, wenn das Nutzungsrecht mindestens für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhefrist erneuert wird.
 7. Der Erwerb einer Urnennische/Kammer ist erst im Falle einer tatsächlichen Beisetzung möglich.
- (3) Eine Urnenbeisetzung ist der Gemeinde vorher rechtzeitig anzu-melden.
- (4) Aschenreste und Urnen müssen entsprechend § 27 der Bestattungsverordnung gekennzeichnet bzw. beschaffen sein.
- (5) Soweit sich aus gesetzlichen Bestimmungen oder dieser Satzung nichts anderes ergibt, gelten die Vorschriften über Wahlgräber entsprechend. Wird von der Stadt entsprechend § 10 Abs. 7 über die Urnengrabstätten und Urnenstelen verfügt, so ist sie berechtigt, in der von ihr bestimmten Stelle des Friedhofs die Aschenbehälter in würdiger Weise der Erde zu übergeben.

§ 12 Ausmaße der Grabstätten und Einfassungen

- (1) Die einzelnen Grabstätten haben in der Regel folgende Ausmaße:
 1. Kindergräber (§ 9 a):
Länge: 1,50 m, Breite: 0,60 m, Tiefe: 1,50 m
 2. Einzelgräber (§ 9 b):
Länge: 2,00 m, Breite: 0,80 m, Tiefe: 1,80 m
 3. Doppelgräber (§ 9 c):
Länge: 2,00 m, Breite: 1,60 m, Tiefe 1,80 m
Für jede weitere Grabstelle vergrößert sich die Breite um 0,80 m
 4. Urnengrabstätten (§ 9 d):
Länge: 0,90 m, Breite: 0,60 m, Tiefe: 0,60 m
 5. Urnenstelen (§ 9 e)
Urnenkammer bis zu 3 Urnen
Sofern bei den Nachbargräbern nach Nr. 2 und 3 andere Grablängen bestehen, hat sich die Grabeinfassung nach der Länge der Nachbargräber zu richten.
Die Tiefe des Grabes ist so zu bemessen, dass die Unterkante des Sarges mindestens der in § 12 Abs. 1 Nr. 1 – 5 genannten Tiefen entspricht.
Die Beerdigung einer zweiten Leiche während der Ruhefrist wird nur dann zugelassen, wenn die zuerst bestattete Leiche 2,40 m (Unterkante Sarg) tief beerdigt wurde (Tieferlegung).
Eine nachträgliche Tieferlegung, um die Beerdigung einer zweiten Leiche zu erreichen, ist nur mit Zustimmung des Friedhofsträgers bei Vorliegen eines wichtigen Grundes möglich.
- (2) Der Abstand von Grabstätte zu Grabstätte darf 0,40 m (gemessen von Außenkante zu Außenkante) nicht unterschreiten.

§ 13 Pflege und gärtnerische Gestaltung der Grabstätten

- (1) Die Grabstätten sind in einem würdigen Zustand zu unterhalten.
- (2) Sechs Monate nach der Bestattung bzw. nach der Verleihung des Nutzungsrechts ist die Grabstätte würdig herzurichten, gärtnerisch anzulegen und in diesem Zustande zu erhalten. Es dürfen nur geeignete Gewächse verwendet werden, die die benachbarten Gräber und eine spätere Wiederverwendung der Grabstätte nicht beeinträchtigen.
- (3) Grabeinfassungen dürfen nicht höher als 0,20 m sein.
- (4) Bei Grabstätten nach §12 Abs.1 ist der Nutzungsberechtigte zur ordnungsgemäßen Pflege und Gestaltung der Grabstätte verpflichtet. Entspricht der Zustand nicht den Vorschriften der Gesetze oder dieser Satzung, so findet § 26 Anwendung. Werden die Kosten für eine etwaige Ersatzvornahme nicht ersetzt, so ist die Stadt befugt, den Grabhügel einzuheben, einen vorhandenen Grabstein zu entfernen und die Grabstätte nach Ablauf der Ruhefrist anderweitig zu vergeben, das Nutzungsrecht gilt – ohne Entschädigungsanspruch – als erloschen.

§ 14 Ausheben der Gräber

- (1) Die Gräber werden vom Friedhofsamt bzw. dem beauftragten Bestattungsunternehmen (§21) ausgehoben und wieder zugefüllt.
- (2) Vor der Öffnung eines Grabes ist der Nutzungsberechtigte verpflichtet, rechtzeitig für die Beiseitigung von Grabeinfassung, Anpflanzungen und ggf. Grabmalen zu sorgen. Soweit Beseitigungen durch die Stadt vorgenommen werden, sind die Aufwendungen zu erstatten.

ABSCHNITT 2

Die Grabmäler

§ 15 Ausmaße der Grabmäler

- (1) Grabmäler dürfen im Regelfall folgende Ausmaße nicht überschreiten:
 1. bei Kindergräbern (§ 9 a):
Höhe: 0,80 m, Breite: 0,45 m
 2. bei Einzelgräbern (§ 9 b):
Höhe: 1,20 m, Breite: 0,65 m
 3. bei Doppelgräbern (§ 9 c):
Höhe: 1,20 m, Breite: 1,40 m
 4. bei Urnengrabstätten (§ 9 d):
Höhe: 1,00 m, Breite: 0,45 mDie zulässige Stärke der Grabsteine beträgt zwischen 0,14 m und 0,25 m.

§ 16 Gestaltung der Grabmäler

- (1) Jedes Grabmal muss dem Widmungszweck des gemeindlichen Friedhofs (§ 2) Rechnung tragen und sich in die Umgebung der Grabstätte einfügen. Insbesondere die Verwendung völlig ungewöhnlicher Werkstoffe oder aufdringlicher Farben ist verboten.
- (2) Inhalt und Gestaltung der Inschrift müssen mit der Würde des Friedhofs in Einklang stehen.
- (3) Jedes Grab ist mit einer Grabeinfassung zu versehen.

§ 17 Standsicherheit

- (1) Die Grabmale sind ihrer Größe entsprechend nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks (Richtlinien des Bundesverbandes des Deutschen Steinmetz-, Stein- und Holzbildhauerhandwerks für das Fundamentieren und Versetzen von Grabmalen in der jeweils geltenden Fassung) zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauerhaft stand sicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können. Satz 1 gilt für sonstige bauliche Anlagen entsprechend.
- (2) Der Nutzungsberechtigte hat das Grabmal in einem ordnungsgemäßen, verkehrssicheren Zustand zu erhalten. Er ist für Schäden verantwortlich, die durch Nichtbeachtung dieser Verpflichtung entstehen.
- (3) Stellt die Stadt Mängel an der Standsicherheit fest, kann sie nach vorheriger, verboglicher Aufforderung das Grabmal auf Kosten des Antragstellers entfer-

- oder den gefährlichen Zustand auf andere Weise beseitigen.

- (4) Bei der Aufforderung zur Mängelbeseitigung ist auf die vorstehend genannten Verpflichtungen hinzuweisen.

§ 18 Entfernung der Grabmäler

- (1) Grabmäler dürfen vor Ablauf der Ruhezeit (§ 23) oder des Nutzungsrechts nur mit Erlaubnis der Stadt entfernt werden.
- (2) Nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts sind die Grabmäler bei einer entsprechenden Aufforderung der Stadt zu entfernen. Sie gehen, falls sie nicht innerhalb von drei Monaten nach einer schriftlichen Aufforderung entfernt werden, in das Eigentum der Stadt über. Werden Grabstätten von der Stadt abgeräumt, hat der jeweilige Nutzungsberechtigte die Kosten zu tragen.

VIERTERTEIL

Die städtischen Leichenhäuser

§ 19 Benutzung der städtischen Leichenhäuser

- (1) Die Leichenhäuser (Aussegnungshalle) dienen der Aufnahme der Leichen bis zur Bestattung oder bis sie nach auswärts überführt werden, ferner für Aschen feuerbestatteter Leichen bis zur Beerdigung.
- (2) Jede Leiche ist unverzüglich nach der Feststellung des Todes und der Leichenschau einzusargen und in die Leichenhäuser der städtischen Friedhöfe zu überführen. Ausnahmen können zugelassen werden, wenn die Leiche direkt vom Sterbeort zur Bestattung nach auswärts oder zur Einäscherung gebracht wird.
- (3) Urnen werden ab dem Zeitpunkt der Anlieferung bei der Friedhofsverwaltung bis zur Beerdigung in den Leichenhäusern aufgebahrt.
- (4) Die Bestattungspflichtigen (§ 15 der Bestattungsverordnung) entscheiden, ob die Aufbahrung im offenen oder geschlossenen Sarg erfolgt. Wird darüber keine Bestimmung getroffen, bleibt der Sarg geschlossen. Dies gilt auch im Fall des § 7 der Bestattungsverordnung (übertragbare Krankheit) und/oder bei einer entsprechenden Anordnung des Amts- oder Leichenschauarztes.
- (5) Lichtbildaufnahmen von aufgebahrten Leichen bedürfen der Erlaubnis der Stadt und der Zustimmung desjenigen, der die Bestattung in Auftrag gegeben hat.

§ 20 Trauerfeiern

- (1) Trauerfeiern werden in aller Regel in der Aussegnungshalle (Kernstadt) abgehalten. Dazu werden der Sarg oder die Urne in die Aussegnungshalle gebracht. Ausnahmen sind im Benehmen mit der Friedhofsverwaltung möglich.
- (2) Die Benutzung der Aussegnungshalle kann untersagt werden, wenn der Verstorbene an einer meldepflichtigen übertragbaren Krankheit gelitten hat oder Bedenken wegen des Zustandes der Leiche bestehen.
- (3) Trauerfeiern auf den Friedhöfen der Stadtteile können an einer im Freien vorgesehenen Stelle abgehalten werden.
- (4) Der Sarg wird während der Trauerfeier nach Möglichkeit in das Grab eingesenkt.
- (5) Die Urne wird während der Trauerfeier in das Urnengrab eingesenkt bzw. in die Urnenstele gestellt und die Verschlussplatte angebracht.

FÜNFTERTEIL

Friedhofs- und Bestattungspersonal

§ 21 Friedhofs- und Bestattungspersonal

- Die im Zusammenhang mit der Bestattung stehenden Verrichtungen auf den Friedhöfen, insbesondere
- das Herrichten (Ausheben und Verfüllen) des Grabes
 - das Einsenken des Sarges und die Beisetzung von Urnen
 - die Leichenbeförderung innerhalb der Friedhöfe, also die Überführung des Sarges von der Halle zum Grab einschließlich der Stellung der Sargträger

- Ausgrabungen und Umbettungen einschließlich notwendiger Umsargungen

obliegt dem von der Stadt beauftragten Bestattungsunternehmen.

SECHSTER TEIL

Bestattungsvorschriften

§ 22 Anzeigepflicht

- (1) Bestattungen auf den städtischen Friedhöfen sind unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Stadt anzuzeigen; die erforderlichen Unterlagen sind vorzulegen.
- (2) Soll die Beisetzung in einer Grabstätte erfolgen, an der ein Sondernutzungsrecht besteht, so ist dieses Recht nachzuweisen.
- (3) Den Zeitpunkt der Bestattung setzen die Angehörigen im Benehmen mit der Stadt, dem Bestattungsunternehmer und dem jeweiligen Pfarramt fest. Der Friedhofsverwaltung obliegt jederzeit das Recht an der Festsetzung der Bestattungszeit mitzuwirken bzw. den Zeitpunkt der Bestattung zu bestimmen. Sowohl Erd- als auch Urnenbestattungen auf den Friedhöfen der Stadt Monheim können nicht an Sonn- und Feiertagen durchgeführt werden.

§ 23 Ruhezeiten

Die Ruhezeit für Leichen beträgt 25 Jahre; bei Leichen von Kindern bis zum vollendeten 10. Lebensjahr und Aschenresten (Urnen) 15 Jahre.

§ 24 Umbettungen

- (1) Die Umbettung von Leichen und Aschenresten (Urnen) bedarf, unbeschadet sonstiger gesetzlicher Vorschriften, der vorherigen Erlaubnis der Stadt. Sie darf nur erteilt werden, wenn ein wichtiger Grund die Störung der Totenruhe und die Unterbrechung der Verwesung rechtfertigt.
- (2) Die Erlaubnis kann grundsätzlich nur von dem in § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BestV genannten Angehörigen beantragt werden. Außerdem ist zur Umbettung die Zustimmung des Grabstätteninhabers notwendig.
- (3) Die Stadt bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung. Sie lässt die Umbettung durchführen. Sie kann, wenn Umbettungen nach auswärts erfolgen, auch anerkannten Leichentransportunternehmen gestatten, die Umbettung durch ihr Personal vorzunehmen.

SIEBTERTEIL

Schlussbestimmungen

§ 25 Haftung

- (1) Die Stadt Monheim haftet nicht für Schäden, die durch nicht-satzungsgemäße Benutzung der Friedhöfe, ihrer Anlagen und ihrer Einrichtung, durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen.
- (2) Im Übrigen haftet die Stadt Monheim nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Von dieser Haftungsbeschränkung ausgenommen, sind alle Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

§ 26 Ordnungswidrigkeiten

Nach Art. 24 Abs. 2 Satz 2 GO kann mit Geldbuße belegt werden, wer vorsätzlich

1. die Öffnungs- und Besuchszeiten missachtet oder entgegen einer Anordnung der Stadt die Friedhöfe betritt (§ 5),
2. den Bestimmungen über das Verhalten auf den Friedhöfen zuwiderhandelt (§ 6),
3. die Bestimmungen über die gewerblichen Tätigkeiten auf den Friedhöfen nicht beachtet (§ 7),
4. Grabmale nicht fachgerecht befestigt und fundamentierte bzw. nicht in gutem verkehrssicheren Zustand hält (§ 17 Abs. 1 und 2)
5. Bestattungen nicht unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Stadt anzeigt (§ 22 Abs. 1),
6. den Bestimmungen über Umbettungen zuwiderhandelt (§ 24),
7. der ordnungsgemäßen Pflege und Gestaltung der Grabstätte nicht nachkommt (§ 13 Abs. 4).

§ 27 Anordnungen für den Einzelfall; Zwangsmittel

- (1) Die Stadt kann zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen für den Einzelfall erlassen.

(2) Für die Erziehung in dieser Satzung vorgeschriebenen Handlungen, eines Duldens oder Unterlassens gelten die Vorschriften des Bayerischen Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes.

§ 28 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt mit Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Friedhofsatzung vom 22.12.2010 außer Kraft.

Monheim, 22.10.2025

Pfefferer
Erster Bürgermeister

Nr. 4 Satzung über die Gebühren im Friedhofs- und Bestattungswesen in der Stadt Monheim mit Stadtteilen vom 22.10.2025

Aufgrund von Art. 2 und 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) erlässt die Stadt Monheim folgende Satzung über die Erhebung von Friedhofs- und Bestattungsgebühren:

§ 1

Gebührenerhebung

Für die Benützung der städtischen Bestattungseinrichtungen und für die im Bestattungswesen erbrachten Leistungen erhebt die Stadt Monheim Gebühren nach dieser Satzung.

§ 2

Gebührenschildner

Gebührenschildner ist

- a) wer zur Tragung der Bestattungskosten gesetzlich verpflichtet ist (Art 15 BestG, § 6 BestV),
- b) wer den Auftrag an die Stadt oder an das von der Stadt beauftragte Institut erteilt hat,
- c) wer die Kosten veranlasst hat,
- d) derjenige, in dessen Interesse die Bestattungskosten entstanden sind. Mehrere Gebührenschildner sind Gesamtschildner.

§ 3

Entstehen und Fälligkeit

- (1) Die Gebührenschildner entstehen
- a) mit der Inanspruchnahme von Leistungen und Einrichtungen,
- b) mit dem Erwerb oder der Verlängerung des Nutzungsrechts an einer Grabstätte,
- c) mit jeder Belegung eines Grabes.
- (2) Die Gebühren sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides oder der Kostenrechnung zur Zahlung fällig.
- (3) Eine Aufrechnung der Gebührenschildner gegen anderweitige Forderungen ist nicht zulässig.
- (4) Die Stadt ist berechtigt, von dem künftigen Gebührenschildner einen Vorschuss in Höhe der voraussichtlich anfallenden Gebühren zu erheben.

§ 4

Gebühren für Gräber, Urnenkammern und Grabhüllensystem

- (1) Die Grabgebühren betragen nach Bst. a), b), c), d) bei einer Ruhezeit von 25 Jahren und bei Kinder-, Urnengräbern und -kammern bei einer Ruhezeit von 15 Jahren, in den Friedhöfen der Stadt Monheim und den Stadtteilen:
- a) Einzelgrab 39,00 €/Jahr
- b) Doppelgrab 61,00 €/Jahr
- c) Dreifachgrab 84,00 €/Jahr
- d) je weiteren Grabteil 23,00 €/Jahr
- e) Kindergrab 30,00 €/Jahr
- f) Urnengrab 25,00 €/Jahr
- g) Urnenkammer 95,00 €/Jahr
- h) Grabhüllensystem „Weihe“ 1.000,00 €/Bestattung
- Bei Urnenkammern ist für den Zeitraum bis zur Rückgabe der Urnenkammer für die Verschlussplatte einmalig ein Betrag von 110,00 € zu entrichten.
- (2) Beim Wiedererwerb nach Ablauf der Nutzungsfrist und für Verlängerungen kommen ebenfalls die Gebühren entsprechend Abs. 1 in Ansatz. Ein Wiedererwerb von Grabstätten kann gestattet werden.

den, wenn es die Verhältnisse erlauben.

- (3) Wird in einem Grab eine weitere Leiche beigesetzt, deren Ruhefrist die Dauer des erworbenen Grabrechts übersteigt, ist bis zum Ablauf der neuen Ruhefrist die Jahresgebühr für die Anzahl der zusätzlichen Jahre zu entrichten.

- (4) Bei einer Urnenbeisetzung in einem Einzel-, Doppel- oder Mehrfachgrab sind die jeweils hierfür in Abs. 1 aufgeführten Grabgebühren zu entrichten.

§ 5

Gebühren für Benutzung der Einrichtungen

- a) der Leichenhäuser in den Stadtteilen (je Benutzungstag) 35,00 €
- b) des Aufbahrungsraumes in der Kernstadt Monheim (je Benutzungstag) 35,00 €
- c) Kühleinrichtung (je Benutzungstag) 60,00 €
- d) der Aussegnungshalle in der Kernstadt Monheim 300,00 €

§ 6

Fundamentherstellung

Für die Herstellung eines Fundamentes wird für einen Grabteil eine Gebühr von 250,00 € erhoben.

§ 7

Bestattungsgebühren

Es werden folgende Bestattungsgebühren festgesetzt:

1. Reinigung je Leichenhaus, Aufbahrungsraum oder Aussegnungshalle
Verstorbene unter 10 Jahre 25,00
Verstorbene über 10 Jahre 25,00
 2. Annahme des/der Verstorbenen oder der Urne und Verbringung in das Leichenhaus/ Aufbahrungsraum bzw. Aussegnungshalle
Verstorbene unter 10 Jahre 25,00
Verstorbene über 10 Jahre 25,00
 3. Beförderung des Sarges von der Leichenhalle zum Grab mit Grablegung und Schließen des Grabes
Verstorbene unter 10 Jahre 75,00
Verstorbene über 10 Jahre 120,00
 4. Bei Urnenbestattungen in der Kernstadt Monheim:
Beförderung des Sarges vom Aufbahrungsraum in die Aussegnungshalle
Verstorbene unter 10 Jahre 20,00
Verstorbene über 10 Jahre 20,00
 5. Fachgerechtes Ausheben und Ausschachten des Grabes nach VSG inklusive seitliche Zwischenlagerung des Grabaushubs, welcher mit Grabmatten abzudecken ist
Verstorbene unter 10 Jahre 80,00
Verstorbene über 10 Jahre 190,00
 6. Einbringen des Grabhüllensystems „Weihe“ inkl. Erdaustausch und Abtransport des überschüssigen Erdaushubes
Verstorbene unter 10 Jahre 60,00
Verstorbene über 10 Jahre 120,00
 7. Beisetzung der Urne
Verstorbene unter 10 Jahre 65,00
Verstorbene über 10 Jahre 65,00
 8. Exhumierung einer Leiche (einschließlich Schließung)
Verstorbene unter 10 J. 170,00
Verstorbene über 10 J. 220,00
 9. Tiefermachen eines Grabes (mehr als 1,80 m)
Verstorbene unter 10 Jahre 40,00
Verstorbene über 10 Jahre 40,00
 10. Ausgrabung von Gebeinen (einschließlich Schließung)
Verstorbene unter 10 Jahre 90,00
Verstorbene über 10 J. 220,00
 11. Mithilfe bei einer Sektion und Reinigung des Raumes
Verstorbene unter 10 Jahre 35,00
Verstorbene über 10 Jahre 35,00
 12. Ausgrabung eines Aschenbehälters
Verstorbene unter 10 Jahre 45,00
Verstorbene über 10 Jahre 45,00
 13. Einsenken einer Totgeburt (mit Grabanfertigung)
Verstorbene unter 10 Jahre 65,00
 14. Absenken des Sarges
Verstorbene unter 10 Jahre 25,00
Verstorbene über 10 Jahre 25,00
 15. Öffnen und Schließen des Aufbahrungsraumes oder der Leichenhäuser in den Stadtteilen pro Tag
Verstorbene unter 10 Jahre 25,00
Verstorbene über 10 Jahre 25,00
 16. Umbettung einer Urne aus einer Urnenstele in ein Erdsammelgrab
Verstorbene unter 10 Jahre 50,00
Verstorbene über 10 Jahre 50,00
- Falls eine Bestattung an einem Samstag durchgeführt wird, wird kein Zuschlag auf die jeweiligen Gebührensätze der an den Samstagen erledigten Arbeiten erhoben.

§ 8

Grabräumung

Für das Abräumen einer Grabstätte wird eine Gebühr in Höhe von 630,00 € erhoben.

§ 9

Sonstige Gebühren

Gebühren für Inanspruchnahme der Einrichtungen und Leistungen, die in dieser Satzung nicht enthalten sind, werden einer vergleichbaren Gebühr entsprechend erhoben. Insbesondere sind dabei die Leistungen nach Art, Zeit und Beanspruchung der städtischen Einrichtungen zu berücksichtigen.

§ 10

Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt mit Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Mit Inkrafttreten dieser Satzung tritt die Gebührensatzung vom 11.12.2024 mit allen Änderungen außer Kraft.

Monheim, den 22.10.2025

STADT
Pfefferer
Erster Bürgermeister

Nr. 5 Erdaushubdeponie in Monheim

Die Erdaushubdeponie ist nach vorheriger Vereinbarung mit dem Deponiewart, Tel.: 0151/12993033 von Montag bis Freitag geöffnet. Anmeldungen am Vortag!

Nr. 6 Recyclinghof und Grünabfallsammelplatz Monheim

Der Recyclinghof mit Grünabfallsammelplatz an der Nürnberger Straße ist von März bis November am Freitag von 14.00 – 17.00 Uhr und am Samstag von 09.00 – 13.00 Uhr geöffnet.

Wir bitten um Beachtung!

Es werden sowohl Sperrmüll als auch Kühlgeräte angenommen. Die dafür anfallenden Gebühren sind sofort zu entrichten.

Nähere Informationen erhalten Sie auch unter

www.awv-nordschwaben.de.

Günther Pfefferer
Erster Bürgermeister

Verwaltungsgemeinschaft Monheim (Stadt Monheim sowie die Gemeinden Buchdorf, Daiting, Rögling und Tagmersheim)

A) GEMEINDE DAITING

Nr. 1 Bürgerversammlung Gemeinde Daiting

Die Bürgerversammlung der Gemeinde Daiting findet am Donnerstag, den 4. Dezember 2025 um 19.30 Uhr im Gemeindehaus Daiting statt.

Anträge, Eingaben, etc., die zur Behandlung kommen sollen, sind bis spätestens 27.11.2025 schriftlich bei der Gemeinde Daiting einzureichen.

Wildfeuer
Erster Bürgermeister

B) GEMEINDE RÖGLING

Nr. 1 Vollzug des Baugesetzbuches (BauGB); Bebauungsplan „Westerwiesen III, 3. Änderung“, Gemeinde Rögling

Hier:

a) Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses

b) Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13 a BauGB

a)

Der Gemeinderat Rögling hat am 04.11.2025 den Aufstellungsbeschluss für die 3. Änderung des Bebauungsplanes „Westerwiesen III“ gefasst. Der Aufstellungsbeschluss wird hiermit gem. § 2 Abs. 1 BauGB öffentlich bekannt gemacht.

Geltungsbereich / Lage des Plangebietes



Der Geltungsbereich der 3. Änderung umfasst die Flurnummern 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2059, 2060 (TF), 2061, 2062 und 2063 Gemarkung Rögling (TF = Teilfläche).

Die Lage des Plangebietes ist dem nachstehend abgebildeten Lageplan zu entnehmen.

Verfahrensart

Die Aufstellung der 3. Änderung des Bebauungsplanes „Westerwiesen III“ erfolgt im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB und somit ohne frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange. Im beschleunigten Verfahren wird zudem von der Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4, von dem Umweltbericht nach § 2a, von der Angabe nach § 3 Absatz 2 Satz 4, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 6a Absatz 1 und § 10a Absatz 1 abgesehen; § 4c ist nicht anzuwenden.

b) In seiner Sitzung am 04.11.2025 hat der Gemeinderat Rögling den Entwurf der 3. Änderung des Bebauungsplanes „Westerwiesen III“ gebilligt und beschlossen, diese Unterlagen für die Dauer eines Monats öffentlich gemäß § 3 Abs. 2 BauGB auszulegen.

Veröffentlichung

Zu diesem Zweck werden die folgenden Unterlagen:

- Entwurf der 3. Änderung des Bebauungsplanes mit Planzeichnung und textlichen Festsetzungen sowie Begründung (jeweils in der Fassung vom 04.11.2025)
- der Inhalt dieser Bekanntmachung

in der Zeit vom

21.11.2025 bis einschließlich 23.12.2025

im Internet veröffentlicht und können eingesehen werden unter < www.roegling.de > → „Wohnen in Rögling“ → „Wohngebiete“

Zusätzlich zur Veröffentlichung im Internet liegen die Unterlagen während der Dauer der vorstehend genannten Veröffentlichungsfrist im **Rathaus der Gemeinde Rögling, Badgasse 8, 86703 Rögling** (Amtsstunden/Öffnungszeiten: Montag 17:00 bis 19:00 Uhr sowie Donnerstag 11:00 bis 13:00 Uhr) sowie in der Geschäftsstelle der **Verwaltungsgemeinschaft Monheim, Marktplatz 23, 86653 Monheim** (Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 07:30 bis 12:15 Uhr sowie zusätzlich Donnerstag von 13:30 bis 18:00 Uhr) während der genannten Öffnungszeiten öffentlich zur Einsichtnahme aus.

Möglichkeit zur Stellungnahme

Während der Dauer der oben genannten Veröffentlichungsfrist können Stellungnahmen abgegeben werden. Diese sollen elektronisch übermittelt werden (z.B. per E-Mail an info@roegling.de oder info@vg-monheim.de). Bei Bedarf können diese auch auf anderem Weg vorgebracht werden, z.B. per Brief an die vorstehenden Anschriften der Gemeinde oder der Verwaltungsgemeinschaft oder zur Niederschrift bei der Gemeinde oder der Verwaltungsgemeinschaft während der o.g. Öffnungszeiten.

Nicht rechtzeitig abgegebene Stellungnahmen

Nicht rechtzeitig abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über das Bauleitplanverfahren unberücksichtigt bleiben, wenn die Kommune den Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bauleitplanverfahrens nicht von Bedeutung ist (§ 4a Abs. 5 BauGB).

Hinweis zum Datenschutz:

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt auf der Grundlage der Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e (DSGVO) i. V. mit § 3 BauGB und dem BayDSG. Sofern Sie Ihre Stellungnahme ohne Absenderangaben abgeben, erhalten Sie keine Mitteilung über das Ergebnis der Prüfung. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte dem Formblatt „Datenschutzrechtliche Informationspflichten im Bauleitplanverfahren“ das ebenfalls öffentlich ausliegt.

Rögling, 17.11.2025

GEMEINDE

Auernhammer
Erster Bürgermeister

